

Michael Preißer/Gerhard Girlich (Hrsg.)

Unternehmenssteuerrecht und Steuerbilanzrecht

Die Steuerberaterprüfung 2022, Band 2

21., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

Die Herausgeber	7
Die Autoren	7
Vorwort der Herausgeber zur 21. Auflage (Prüfung 2022)	9
Vorwort der Autoren zur 21. Auflage (Prüfung 2022)	10
Inhaltsübersicht »Die Steuerberaterprüfung« Bände 1-3	13
Themen des Prüfungsstoffs, geordnet nach Prüfungstagen	16
Abkürzungsverzeichnis	34
A Besteuerung der Einzelunternehmen	43
I Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung)	45
1 Betriebsvermögensvergleich und Einnahmenüberschussrechnung	45
1.1 Überblick	45
1.2 Der technische Unterschied im Einzelnen	45
1.3 Der Personenkreis für die Überschussrechnung	46
1.4 Wahl der Ermittlungsart	47
2 Die Überschussrechnung im Einzelnen	47
2.1 Der »Überschuss« der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben	47
2.1.1 Die Betriebseinnahmen im Gewinnsteuerrecht	47
2.1.2 Besonderheiten bei den Betriebseinnahmen	49
2.1.3 Die Sonderbehandlung durchlaufender Posten (§ 4 Abs. 3 S. 2 EStG)	50
2.2 Die Technik des § 11 EStG	51
2.2.1 Leistungen an Erfüllung statt und erfüllungshalber	51
2.2.2 Der »kurze Zeitraum« bei den regelmäßig wiederkehrenden Betriebseinnahmen und -ausgaben	51
2.2.3 § 11 EStG und der Betriebsausgaben-Abfluss	52
2.3 Einzelne Posten der Überschussrechnung	53
2.3.1 Das Umlaufvermögen	53
2.3.2 Das abnutzbare Anlagevermögen	54
2.3.3 Das nicht abnutzbare Anlagevermögen	56
2.4 Spezialfragen der Überschussrechnung	57
2.4.1 Entnahmen und Einlagen (technische Fragen)	57
2.4.2 Die Bedeutung von (Bar-)Geld	61
2.4.3 Probleme mit der Umsatzsteuer bei der Überschussrechnung	61
2.4.4 Der Tausch	63
2.4.5 Gewillkürtes Betriebsvermögen bei § 4 Abs. 3 EStG	63
2.4.6 § 4 Abs. 3 EStG bei Erwerb und Verkauf mit wiederkehrenden Zahlungen	64
2.4.7 Zusammenfassung (Schema zur § 4 Abs. 3-Rechnung)	64
2.5 Der Wechsel der Gewinnermittlung	70
2.5.1 Gründe für den Wechsel	70
2.5.2 Das technische Problem und die Lösung	71
2.5.3 Zusammenfassende Fallstudie	72
2.5.4 Ausgewählte Fragen zum Wechsel	80
3 Bedeutung der Entnahmen und Einlagen bei der Gewinnermittlung	81
3.1 Arten und Notwendigkeit der einzelnen Korrekturposten – Übersicht	81
3.2 Die Entnahmen beim Einzelunternehmer	83

3.3	Die Einlagen beim Einzelunternehmer	86
3.3.1	Grundzüge und Wirkungsweise der Einlage	86
3.3.2	Gegenstand der Einlage, insbesondere die Nutzungs(-aufwands-)einlage	87
3.3.3	Die Bewertung der Einlage	87
3.4	Gesellschaftsrechtliche Privatvorgänge, insbesondere die Einlage	89
3.4.1	Der Privatbereich und die gesellschaftsrechtliche Gewinnermittlung – Überblick	89
3.4.2	Steuerrechtliche Fragen zum Privatbereich der Personengesellschafter	90
3.4.3	Der Privatbereich der Gesellschafter bei einer Kapitalgesellschaft, insbesondere die verdeckte Einlage	92
3.5	Erweiterter Anwendungsbereich: neue (nichtfiskalische) Betätigungsfelder für Entnahmen/Einlagen	93
4	Absetzung für Abnutzung	94
4.1	Planmäßige Abschreibung auf das abnutzbare Anlagevermögen – Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (ohne Gebäude-AfA)	94
4.1.1	Einführung (Zweigleisigkeit der AfA)	94
4.1.2	Die planmäßige AfA im Steuerrecht – Überblick	95
4.1.3	Die Ausnahme: Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 S. 7 EStG)	97
4.1.4	Beginn und Ende der AfA	98
4.1.5	Die Bemessungsgrundlage bei der AfA (R 7.3 EStR)	98
4.1.6	Nachträgliche Herstellungskosten	99
4.1.7	Nachholung unterlassener AfA (H 7.4 EStH und H 7.5 EStH)	99
4.1.8	AfA nach außergewöhnlicher Absetzung oder Teilwertabschreibung	99
4.1.9	AfA nach Gewährung eines Zuschusses in einem auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr	100
4.1.10	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	100
4.2	AfA bei Gebäuden	100
4.2.1	Allgemeines	100
4.2.2	Lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	101
4.2.3	Sonder-AfA bei Gebäuden nach § 7b EStG	105
4.2.4	Staffel-degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	105
4.2.5	AfA bei Personengesellschaften (bei Mitunternehmern)	106
4.2.6	Nachholung unterlassener AfA	107
4.2.7	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	107
4.2.8	AfA bei selbständigen Gebäudeteilen	107
4.3	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen (§ 7a EStG, R 7a EStR)	108
4.3.1	Nachträgliche Herstellungs- oder Anschaffungskosten	108
4.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	108
4.3.3	Mindestabsetzung bei erhöhten Absetzungen	109
4.3.4	AfA neben Sonderabschreibungen	109
4.3.5	Kumulierungsverbot	109
4.3.6	Abschreibungen bei mehreren Beteiligten	110
4.3.7	Buchmäßiger Nachweis	110
4.3.8	AfA nach Sonderabschreibungen	110

4.4	Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gemäß § 7 g EStG	111
4.4.1	Regelung des § 7 g EStG	111
4.4.2	Persönliche Voraussetzungen	111
4.4.3	Sachliche Voraussetzungen	112
4.4.4	Höhe des Investitionsabzugsbetrags (§ 7 g Abs. 1 EStG)	112
4.4.5	Höhe der Sonderabschreibung (§ 7 g Abs. 5 EStG)	113
4.4.6	Begünstigte Wirtschaftsgüter (§ 7 g Abs. 1 S. 1 EStG)	113
4.4.7	Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags (§ 7 g Abs. 2 S. 1 EStG)	113
4.4.8	Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 7 g Abs. 2 S. 3 EStG)	113
4.4.9	Rückgängigmachung des Abzugs	113
4.4.10	Anwendung bei Personengesellschaften	114
4.4.11	Abschließende Beispiele	115
II	Die Bilanzierung	117
1	Bilanzierungsgrundsätze	117
1.1	Allgemeines	117
1.2	Das Prinzip der Maßgeblichkeit	117
1.2.1	Allgemeines	117
1.2.2	Durchbrechung der Maßgeblichkeit	118
1.2.3	Aufstellung einer abweichenden Steuerbilanz	119
1.2.4	Anpassung der Bilanzposten außerhalb der Bilanz	120
1.2.5	Schematische Darstellung der Abweichungen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	121
1.3	Bilanzierung dem Grunde nach (Ansatz)	126
1.4	Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	126
1.5	Zurechnung der Vermögensgegenstände	126
1.5.1	Allgemeine Grundsätze	126
1.5.2	Das Finanzierungsleasing als besondere Form des wirtschaftlichen Eigentums	127
1.6	Mietereinbauten	131
1.6.1	Allgemeines	131
1.6.2	Scheinbestandteile	131
1.6.3	Betriebsvorrichtungen	132
1.6.4	Sonstige Mietereinbauten/Mieterumbauten	132
1.7	Zuordnung	134
1.7.1	Grundsatz	134
1.7.2	Notwendiges Betriebsvermögen	135
1.7.3	Privatvermögen	135
1.7.4	Gewillkürtes Betriebsvermögen	135
1.7.5	Gliederung des Betriebsvermögens	135
1.8	Bilanzierungsverbote	136
2	Bewertungsfragen	136
2.1	Bewertungsgrundsätze	136
2.1.1	Allgemeines	136
2.1.2	Die einzelnen Grundsätze	136
2.1.3	Anwendungsgrundsätze für die Wertaufhellung	138
2.2	Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht	141

2.3	Handelsrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	141
2.3.1	Steuerrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	142
2.3.2	Handelsrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	143
2.3.3	Steuerrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	143
2.3.4	Handelsrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	144
2.3.5	Steuerrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	144
2.3.6	Voraussichtlich dauernde Wertminderung und Wertaufholung im Steuerrecht	145
3	Bewertungsmaßstäbe und Erwerbsmodalitäten	150
3.1	Anschaffungskosten	150
3.1.1	Handelsrecht	150
3.1.2	Steuerrecht	151
3.2	Herstellungskosten	159
3.2.1	Handelsrecht	159
3.2.2	Steuerrecht	159
3.3	Börsen- oder Marktpreis	162
3.4	Beizulegender Wert	162
3.5	Teilwert	162
3.5.1	Allgemeines	162
3.5.2	Vermutungen für die Höhe des Teilwerts (Teilwertvermutung)	163
3.5.3	Widerlegung der Teilwertvermutung	163
3.5.4	Besonderheit bei der Bestimmung der Höhe der Teilwertabschreibung	163
3.6	Gemeiner Wert	164
III	Einzelne Aktivposten	165
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	165
1.1	Bilanzierungsvorschriften	165
1.1.1	Grundsätzliches Bilanzierungsgebot	165
1.1.2	Bilanzierungsverbot	165
1.1.3	Entgeltlicher Erwerb eines immateriellen Wirtschaftsguts	166
1.2	Immaterielles Gesamtwirtschaftsgut	167
1.3	Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter	167
2	Grundstücke und Gebäude	169
2.1	Allgemeines	169
2.2	Gebäudeteile	171
2.2.1	Grundsatz	171
2.2.2	Gebäudeteile als selbständige Wirtschaftsgüter	171
2.2.3	Einteilung eines Gebäudes nach Funktionszusammenhang (R 4.2 Abs. 4 EStR)	171
2.2.4	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Einzelunternehmen	173
2.2.5	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Personengesellschaften	174
2.2.6	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften	176
2.2.7	Weitere Fälle zu R 4.2 EStR	176
3	Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	178

4	Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	178
4.1	Technische Anlagen und Maschinen	178
4.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	178
4.3	Geleistete Anzahlungen	178
4.4	Anlagen im Bau	179
5	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	179
5.1	Vorbemerkung	179
5.2	Begriff	179
5.3	Bewertung	179
5.3.1	Anschaffungskosten	179
5.3.2	Niedrigerer beizulegender Wert/Teilwert	180
5.4	Beteiligungserträge	180
5.4.1	Allgemeines	180
5.4.2	Höhe der Beteiligungserträge	180
6	Wertpapiere	181
6.1	Allgemeines	181
6.2	Zurechnung der Wertpapiere zum Betriebsvermögen	181
6.3	Anschaffungskosten	181
6.4	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	181
6.4.1	Grundsatz	181
6.4.2	Ermittlung des niedrigeren Teilwerts	183
6.5	Einzelbewertung/Durchschnittsbewertung	183
6.6	Bezugsrechte und junge Aktien	184
6.7	Behandlung der Stückzinsen	185
6.8	Behandlung der Wertpapiererträge	186
6.8.1	Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktien	186
6.8.2	Buchhalterische Behandlung	186
6.8.3	Beteiligung einer Kapitalgesellschaft	186
6.8.4	Buchmäßige Behandlung der Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren	187
7	Vorräte	188
7.1	Definition	188
7.2	Teilwertabschreibungen bei Warenvorräten	188
7.2.1	Teilwertabschreibung beim Sinken der Einkaufspreise	188
7.2.2	Teilwertabschreibung bei Unbrauchbarkeit oder Beschädigung der Ware	188
7.2.3	Teilwertabschreibung beim Sinken der Verkaufspreise	188
7.3	Verlustfreie Bewertung/retrograde Ermittlung des Teilwerts	189
7.4	Bewertungsvereinfachungsverfahren	189
7.4.1	Durchschnittsbewertung	189
7.4.2	Verbrauchsfolgeunterstellung	191
7.5	Festwert	193
7.5.1	Handelsrechtliche Regelung	193
7.5.2	Steuerrechtliche Regelung	193
8	Forderungen und ihre Bewertung	194
8.1	Forderungen im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	194
8.2	Bewertung der Forderungen	194
8.2.1	Anschaffungskosten	194
8.2.2	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	194
8.2.3	Verrechnungsverbot	197
8.2.4	Sonderfall der Forderung: Unfertige Bauten auf fremdem Grund und Boden ...	197

9	Bewertung von Fremdwährungsposten in der Bilanz	198
9.1	Einleitung	198
9.2	Bewertungsgrundsatz	198
9.3	Zeitpunkt der Bewertung	199
9.3.1	Devisenbestände und Konten in ausländischer Währung	199
9.3.2	Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	199
9.3.3	In ausländischer Währung angeschaffte Vermögensgegenstände	200
9.3.4	Schwebende Geschäfte	200
9.4	Devisentermingeschäfte	201
9.5	Geschlossene Position	202
9.6	Wertpapiere in ausländischer Währung	203
IV	Rechnungsabgrenzungsposten	205
1	Aktive Rechnungsabgrenzung	205
2	Passive Rechnungsabgrenzung	205
3	Gemeinsame Voraussetzung für die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten	205
4	Spezialvorschriften	206
5	Damnum (Disagio)	207
V	Geringwertige Wirtschaftsgüter	209
VI	Einzelne Passivposten	213
1	Steuerfreie Rücklagen	213
1.1	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (§ 6b EStG)	213
1.1.1	Grundsatz	213
1.1.2	Voraussetzungen	213
1.1.3	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	214
1.1.4	Bildung einer Rücklage	215
1.1.5	Auflösung der Rücklage	216
1.1.6	Gewinnzuschlag	216
1.1.7	Übertragung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	217
1.1.8	Übertragungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht, insbesondere bei Mitunternehmern	219
1.1.9	Aufgabe oder Veräußerung des Betriebs	221
1.1.10	Fortführung der Rücklage bei der Realteilung von Personengesellschaften	221
1.2	Übertragung stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (R 6.6 EStR)	221
1.2.1	Voraussetzungen	221
1.2.2	Höhere Gewalt/behördlicher Eingriff	222
1.2.3	Entschädigung	223
1.2.4	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	223
1.2.5	Ersatzwirtschaftsgut	224
1.2.6	Bildung einer Rücklage für Ersatzbeschaffung (RfE)	224
1.2.7	Auflösung der Rücklage	225
1.2.8	Aufgabe und Veräußerung des Betriebs	225

2	Rückstellungen	225
2.1	Allgemeines	225
2.2	Rückstellungen in der Handelsbilanz	226
2.2.1	Bilanzierungsvorschriften (§§ 249 und 274 Abs. 1 HGB)	226
2.2.2	Bewertungsvorschriften (§ 253 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 HGB)	226
2.3	Rückstellungen in der Steuerbilanz	226
2.3.1	Bilanzierungsvorschriften (Grundregel)	226
2.3.2	Gesetzliche Vorschriften über Rückstellungen im Steuerrecht	226
2.3.3	Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG)	228
2.4	Spezielle Probleme bei der Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz	230
2.4.1	Der Haupttyp: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	230
2.4.2	Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen	230
2.5	Besondere Rückstellung in der Handelsbilanz	233
2.6	Verpflichtungsübernahmen	234
2.7	Auflösung der Rückstellung	236
3	Verbindlichkeiten	236
3.1	Verbindlichkeiten im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	236
3.2	Bewertung der Verbindlichkeiten	237
3.2.1	Erfüllungsbetrag	237
3.2.2	Höherer Stichtagswert/Teilwert	237
3.2.3	Abgeld/Aufgeld	237
3.2.4	Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	238
3.2.5	Abzinsung von Verbindlichkeiten	238
3.3	Bewertung von Rentenverbindlichkeiten	240
3.4	Saldierungsverbot	240
VII	Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen	241
1	Grundsatz	241
2	Übertragungen in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	241
3	Ergänzende Bestimmungen	243
3.1	Übertragung mit dem Buchwert	243
3.2	Übertragung mit dem Teilwert	243
4	Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen dem inländischen Betriebsvermögen und einer ausländischen Betriebsstätte	244
4.1	Gesetzliche Regelung	244
4.2	Ausgleichsposten nach § 4 g EStG	244
VIII	Technische Fragen	247
1	Notwendigkeit von Anpassungen	247
1.1	Betriebsvermögensvergleich	247
1.2	Die Zweischneidigkeit der Bilanz	247
1.3	Gewinnauswirkung von Bilanzberichtigungen auf das Ergebnis von zwei aufeinander folgenden Jahren	247
1.4	Gewinnauswirkung der Berichtigung von Entnahmen und Einlagen	248
2	Die »Mehr/Weniger«-Rechnung	248
2.1	Die Bilanzpostenmethode	249
2.2	Die G+V-Methode	249
2.3	Einzelfälle (gleichzeitig formale Darstellung)	250
2.3.1	Erhöhung eines Aktivpostens	250
2.3.2	Erhöhung eines Passivpostens	253

	2.3.3	Änderungen im »Privatbereich«	253
	2.3.4	Korrektur der nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben gemäß § 4 Abs. 5, 5b und 7 EStG	255
	2.3.5	Zusammenfassung/Formular bei der Mehr/Weniger-Rechnung	256
3		Notwendigkeit der Anpassungen an die Prüferbilanz	257
	3.1	Allgemeines	257
	3.2	Anpassungsbuchungen in der Buchführung des geprüften Unternehmens	257
4		Bilanzberichtigung, Bilanzänderung und Bilanzzusammenhang	262
	4.1	Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	262
	4.1.1	Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 S. 1 EStG	262
	4.1.2	Bilanzänderung nach § 4 Abs. 2 S. 2 EStG	264
	4.2	Der Bilanzzusammenhang und seine Durchbrechung	265
B		Besteuerung der Personengesellschaft als Mitunternehmerschaft	267
I		Grundfragen zur Mitunternehmerschaft inklusive Einkunftsermittlung	269
1		Die Personengesellschaft im Steuerrecht – Überblick	269
2		Mitunternehmerschaft vs. Personengesellschaft und andere Begrifflichkeiten	270
	2.1	Mitunternehmerschaft und Personengesellschaften	270
	2.2	Begrifflichkeiten und kohärente Rechtsinstitute	271
	2.2.1	Die Gesamthand	271
	2.2.2	Kapitalanteil, Vermögenswert und Gesellschaftsanteil	272
	2.2.3	Eine Personengesellschaft – eine Mitunternehmerschaft – ein Gewerbebetrieb?	272
3		Transparenzgrundsatz und Besteuerung gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	273
	3.1	Einführung	273
	3.2	Ebene der Mitunternehmerschaft	273
	3.2.1	Die gewerblich tätige Mitunternehmerschaft	274
	3.2.2	Die gewerblich geprägte Personengesellschaft	277
	3.2.3	Die weder gewerblich tätige noch gewerblich geprägte Personengesellschaft mit gewerblicher Beteiligung	278
	3.3	Ebene der Gesellschafter (Mitunternehmer-Initiative und Mitunternehmer-Risiko)	281
	3.3.1	Mitunternehmer-Initiative	282
	3.3.2	Mitunternehmer-Risiko	282
	3.3.3	Einzelfälle	283
	3.3.4	Die verdeckte Mitunternehmerschaft	284
	3.3.5	Die doppelstöckige (mehrstöckige) Personengesellschaft	285
	3.3.6	Der Nießbrauch an der Beteiligung	290
4		Technik des Transparenzgrundsatzes: Die Gewinnkomponenten der Mitunternehmer	291
	4.1	Einführung: Zweistufige Gewinnermittlung	291
	4.2	Der Hintergrund der Regelung	291
	4.2.1	»Gewinnanteil«	291
	4.2.2	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Personengesellschaft und für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	292
	4.2.3	Die Ergänzungsbilanz	294
	4.2.4	Ein Problemfall: Die Tätigkeitsvergütung als Sonder-Betriebseinahme, Gewinnvorweg oder Entnahme?	295
5		»Mehr- und Weniger-Rechnung« bei der Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft)	299

II	Das Betriebsvermögen und die Ermittlung des laufenden Gewinns bei der Mitunternehmerschaft	301
1	Übersicht zur Gewinnermittlung bei der Mitunternehmerschaft – Schema	301
2	Die Gewinnermittlung auf der ersten Stufe (I): Das Steuerergebnis der Gesamthand	302
2.1	Die Steuerbilanz der Gesamthand	302
2.2	Auswirkungen für die Gewinnermittlung	303
2.3	Geänderte Gewinnverteilung, insbesondere bei späteren Betriebsprüfer-Feststellungen	305
3	Die Ergänzungsbilanz: Individueller Anteil am Gesamthandsergebnis	305
4	Das Sonder-Betriebsvermögen und die Sonderbilanz	307
4.1	Übersicht	307
4.2	Das Sonder-Betriebsvermögen I	309
4.2.1	Der Grundtatbestand	309
4.2.2	Das Konkurrenzproblem mit dem eigenen Betriebsvermögen	310
4.2.3	Die spezielle Gewinnermittlung beim Sonder-Betriebsvermögen I	311
4.3	Das Sonder-Betriebsvermögen II	314
4.3.1	Der Grundtatbestand	314
4.3.2	Anwendungsfälle zum notwendigen und gewillkürten Sonder-Betriebsvermögen II	315
4.3.3	Sonderbetriebsvermögen über die Grenze	317
4.4	Verfahrensrechtliche Fragen	317
III	Die Doppelgesellschaften im Konzept der Mitunternehmer-Besteuerung	319
1	Klarstellung	319
2	Die GmbH & Co. KG	319
2.1	Grundsatzverständnis und Erscheinungsformen	319
2.1.1	Zivilrechtliche Grundlagen, insbesondere bei Errichtung der GmbH & Co. KG	319
2.1.2	Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	321
2.1.3	Das dogmatische Grundmuster im Steuerrecht	321
2.2	Die Gewinnermittlung bei der GmbH & Co. KG	324
2.2.1	Die Grundaussage	324
2.2.2	Die Familien-GmbH & Co. KG	325
2.2.3	Die GmbH & Co. KG und gewerblicher Grundstückshandel	326
2.2.4	Die »Einmann«-GmbH & Co. KG	326
2.3	Das Betriebsvermögen bei der GmbH & Co. KG	326
2.3.1	Die Handelsbilanz-Besonderheiten	326
2.3.2	Das steuerliche Betriebsvermögen	327
2.4	Besonderheiten	329
2.4.1	Die einheitliche GmbH & Co. KG	329
2.4.2	Die Anteilsveräußerung	330
2.4.3	Die verdeckte Gewinnausschüttung bei der GmbH & Co. KG	332
2.4.4	Entnahmen und Einlagen bei der GmbH & Co. KG	333
2.5	Die »Körperschaftsklausel«	334
2.6	Ausländische KapG im Sonder-BV einer GmbH & Co. KG	334
3	Die (atypisch) stille Gesellschaft, insbesondere die GmbH & atypisch still	335
3.1	Die Grundaussage zur stillen Gesellschaft	335
3.1.1	Die Unterscheidung zwischen typisch und atypisch stiller Gesellschaft	335
3.1.2	Die stille Beteiligung und deren Veräußerung	338

3.2	Die GmbH & atypisch still – ein Kind der Praxis	339
3.3	Optionen der GmbH & atypisch still	341
4	Die Betriebsaufspaltung	342
4.1	Kennzeichen der Betriebsaufspaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	342
4.2	Steuerrechtliche Gestaltungsparameter (Voraussetzungen) bei der Betriebsaufspaltung	344
4.2.1	Die erste Voraussetzung: Die sachliche Verflechtung	344
4.2.2	Die personelle Verflechtung	347
4.3	Die steuerlichen Folgen der Betriebsaufspaltung	353
4.3.1	Begründung der Betriebsaufspaltung (der Weg in die Betriebsaufspaltung)	353
4.3.2	Laufende Besteuerung – Chancen und Gefahren	356
4.3.3	Beendigung der Betriebsaufspaltung	361
4.4	Besondere Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	362
4.4.1	Die umgekehrte Betriebsaufspaltung	362
4.4.2	Die kapitalistische Betriebsaufspaltung	362
4.4.3	Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	363
4.4.4	Sonstige Fälle	364
4.4.5	Die unerkannte Betriebsaufspaltung (bzw. die Betriebsaufspaltung in der Außenprüfung)	365
4.4.6	Der Weg aus der Betriebsaufspaltung	365
5	Die KGaA und neuere Typenverbindungen	366
5.1	Die Kapitalgesellschaft-KGaA bzw. die GmbH & Co. KGaA	366
5.2	Die Stiftung & Co. KG	367
IV	Anfang und Ende einer Personengesellschaft	369
1	Gründung einer Personengesellschaft	369
1.1	Sacheinlage aus dem Privatvermögen	369
1.1.1	Sonderfall: Sacheinlage auf vermögensverwaltende Personengesellschaft	370
1.1.2	Die Übersicht zu den Einlagen (aus dem Privatvermögen)	370
1.2	Sacheinlage aus dem Betriebsvermögen – Einzel-Wirtschaftsgüter	372
2	Der Sonderfall: Die Einbringung nach § 24 UmwStG	374
2.1	Überleitung von der Sacheinlage (Einzel-Wirtschaftsgüter) zur Einbringung funktioneller Einheiten (Betrieb usw.)	374
2.1.1	Einführung	374
2.1.2	Abgrenzung zu ESt-Vorschriften	376
2.1.3	Die Voraussetzungen des § 24 UmwStG	377
2.1.4	Rechtsfolgen der Einbringung	379
2.1.5	Ausübung des Wertansatzes über Ergänzungsbilanzen	379
2.1.6	Änderungen des § 24 UmwStG aufgrund des SEStEG (2006) sowie des JStG 2009	380
2.1.7	Gegenstand der Einbringung und Voraussetzung für das Wahlrecht	382
2.2	Einführender Fall zu § 24 UmwStG	384
2.3	Das Wahlrecht und die unterschiedliche Interessenlage	385
2.3.1	Grundsätzliche Überlegungen	385
2.3.2	Ein schematischer Überblick	387
2.4	Variante – gemeiner Wert	388
2.4.1	Folge für die offene Handelsgesellschaft	388
2.4.2	Folge für den Einbringenden	388

2.5	Buchwertvariante	389
2.5.1	Die erste Buchwertvariante (die sog. Netto-Methode: Kapitalkontenanpassung)	389
2.5.2	Die zweite Buchwertvariante (die sog. Brutto-Methode)	390
2.6	Zwischenwertvariante	391
2.7	Spezialprobleme bei § 24 UmwStG	391
2.7.1	Zuzahlung in das Privatvermögen des bisherigen Einzelunternehmers	392
2.7.2	Die unentgeltliche Aufnahme eines Partners: Fall des § 24 UmwStG?	396
2.8	Zusammenfassung der Rechtsfolgen für die Personengesellschaft	396
2.9	Zusammenstellung der denkbaren Fälle zu § 24 UmwStG	396
3	Die laufende Besteuerung der Personengesellschaft	397
4	Die Auflösung der Personengesellschaft	397
5	Die Realteilung der Personengesellschaft	397
5.1	Historische Einleitung und gesellschaftsrechtlicher Hintergrund	397
5.2	Tatbestand und Rechtsfolgen bei einer Realteilung von steuerfunktionalen Einheiten	400
5.2.1	Die Grundaussage	400
5.2.2	Weitere bilanztechnische Folgen	401
5.3	Einzelwirtschaftsgüter als Teilungsmassen	402
5.4	Der Mitunternehmeranteil als Teilungsgegenstand	403
5.5	Realteilung mit Spitzenausgleich	404
5.6	Folgewirkungen bei der Realteilung	406
5.7	Auswirkungen auf andere Steuern	406
V	Die Beteiligung an einer Personengesellschaft inklusive Personenstandsänderungen, insbesondere die Veräußerung	407
1	Einführung	407
2	Die Bilanzierung der Beteiligung	408
2.1	Die Beteiligung in der Handelsbilanz	408
2.2	Die Beteiligung in der Steuerbilanz	410
3	Der Eintritt in die Personengesellschaft	411
4	Die Veräußerung der Beteiligung (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	411
4.1	Grundtatbestand und Modalitäten	411
4.1.1	Das Sonder-Betriebsvermögen bei § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	412
4.1.2	Bruchteilsveräußerung von Mitunternehmeranteilen	413
4.1.3	Veräußerungsvorgang und -zeitpunkt	414
4.2	Die Besteuerung beim Veräußerer	415
4.3	Auswirkungen auf die Personengesellschaft und den Neugesellschafter	416
4.3.1	Zu- und Abschreibung (?) in der Ergänzungsbilanz des Erwerbers	416
4.3.2	Fortschreibung der Ergänzungsbilanz	418
4.3.3	Besonderheiten	419
5	Das Ausscheiden durch An-/Abwachsung	422
5.1	Die An-/Abwachsung als Anwendungsfall des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	422
5.2	Problemfelder beim Ausscheiden	424
5.3	Die Sachwertabfindung als besondere Form der Abfindungsvereinbarung	426
5.4	Das Anwachsungsmodell	427
6	Die Vererbung	428

VI	Sonderfragen	429
1	Inter-/intrasubjektive Übertragungen von Wirtschaftsgütern bei einer Mitunternehmerschaft	429
2	§ 35 EStG im Recht der Personengesellschaften	431
2.1	Grundlagen	431
2.2	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich – allgemein	432
2.3	Besonderheiten (Steuerermäßigung) bei Mitunternehmerschaften	433
2.3.1	Einheitliche und gesonderte Feststellung (§ 35 Abs. 2 S. 1 EStG)	433
2.3.2	Gewinnverteilungsschlüssel (§ 35 Abs. 2 S. 2 EStG)	433
2.3.3	Aufteilung bei Auslandsbeteiligungen (§ 35 Abs. 2 S. 3 EStG)	434
2.3.4	Mehrstöckige Personengesellschaften (§ 35 Abs. 2 S. 5 EStG)	435
2.3.5	Gewerbesteuer-Messbetrag bei unterjähriger Unternehmensübertragung und Gesellschafterwechsel	436
3	Die Thesaurierungsbegünstigung (ab 2008)	436
3.1	Die Intention des Unternehmenssteuerreformgesetzes (2008)	436
3.2	Die Regelung im Überblick	437
3.2.1	Systematische Einordnung	437
3.2.2	Regelungsinhalt des § 34a EStG	437
3.3	Die Tatbestandsmerkmale für den »nicht entnommenen Gewinn«	438
3.3.1	Nicht entnommener Gewinn (Rz. 11 – 21 BMF)	438
3.3.2	Steuerfreie Gewinnanteile (Rz. 17 und 18 BMF)	440
3.3.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben (Rz. 16 BMF)	441
3.3.4	Gewinneinkünfte	441
3.3.5	Ausnahme für Veräußerungsgewinne (Rz. 4 – 6 BMF)	442
3.3.6	Antragsrecht	442
3.3.7	Die persönliche Steuerpflicht	443
3.4	Die Nachversteuerung	443
3.4.1	Der nachversteuerungspflichtige Betrag (Rz. 23 ff. BMF)	443
3.4.2	Nachversteuerungsbetrag (Rz. 27 ff. BMF)	445
3.4.3	Übertragung und Überführung von Wirtschaftsgütern (Rz. 32 ff. BMF)	447
3.4.4	Steuersatz bei der Nachversteuerung	447
3.4.5	Nachversteuerung in sonstigen Fällen	447
3.5	Besonderheiten	448
3.5.1	Unentgeltliche Übertragung und Einbringung gem. § 24 UmwStG (Rz. 47 BMF)	448
3.5.2	Negative Einkünfte	448
3.5.3	Zuständigkeitsregelungen und Verfahrensvorschriften	449
3.5.4	Vorauszahlungen	449
4	§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und das SEStEG	449
C	Körperschaftsteuerrecht	451
I	Das Körperschaftsteuersystem vor und nach dem Steuersenkungsgesetz	453
1	Das Prinzip des Anrechnungsverfahrens	453
2	Das Prinzip der anteiligen Doppelbelastung	453
3	Die Prinzipien der Unternehmenssteuerreform 2008	455
II	Die persönliche Körperschaftsteuerpflicht	457
1	Die persönliche Steuerpflicht von Körperschaften und Sondervermögen	457
1.1	Überblick	457
1.2	Körperschaftsteuerpflicht eines Vereins	458
1.3	Option zur Körperschaftsteuer (§ 1a KStG)	459

2	Die persönliche Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	459
2.1	Beginn und Ende der unbeschränkten Steuerpflicht	459
2.1.1	Grundlagen	459
2.1.2	Beginn der unbeschränkten Steuerpflicht	460
2.1.3	Ende der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht	461
2.2	Folge der unbeschränkten Steuerpflicht	461
2.3	Beschränkte Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	462
2.4	Beschränkte Steuerpflicht sonstiger Körperschaften	462
3	Besteuerung der öffentlichen Hand	462
3.1	Überblick	462
3.2	Tatbestandsmerkmale des Betriebes gewerblicher Art	463
3.3	Rechtsfolgen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand	464
4	Besteuerung von steuerbegünstigten Körperschaften	467
4.1	Überblick	467
4.2	Voraussetzung der Steuerbefreiung	467
4.2.1	Formale Anforderungen	467
4.2.2	Materielle Anforderungen	468
4.3	Rechtsfolgen	469
4.3.1	Umfang der Steuerbefreiung	469
4.3.2	Steuerfolge	471
III	Die sachliche Körperschaftsteuerpflicht	475
1	Überblick	475
2	Ermittlung des Einkommens einer Kapitalgesellschaft	475
2.1	Veranlagungszeitraum und Einkommens-Ermittlungszeitraum	475
2.2	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	476
3	Körperschaftsteuerliche Besonderheiten	477
3.1	Überblick	477
3.2	Beteiligungsergebnisse	478
3.2.1	Kürzungen der Beteiligungserträge	478
3.2.2	Nicht abzugsfähige Gewinnminderungen aus Beteiligungen	480
3.2.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	481
3.2.4	Sonderproblem: Anteilsveräußerungen nach vorangegangener Einbringung	483
3.3	Sonstige Hinzurechnungen und Kürzungen	487
3.3.1	Nicht abzugsfähige Aufwendungen	487
3.3.2	Gewinnanteile an den Komplementär einer Kommanditgesellschaft auf Aktien	488
3.3.3	Abziehbare Spenden	488
4	Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	489
4.1	Überblick	489
4.2	Abgrenzung offene Gewinnausschüttung und verdeckte Gewinnausschüttung	491
4.3	Grundlagen der verdeckten Gewinnausschüttung	491
4.3.1	Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung	491
4.3.2	Erscheinungsformen der verdeckten Gewinnausschüttung und Konkurrenzen	494
4.4	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	498
4.4.1	Überblick	498
4.4.2	Rechtsfolgen bei der Kapitalgesellschaft	498
4.4.3	Rechtsfolgen beim Anteilseigner	503

4.5	Einzelfälle	506
4.5.1	Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	506
4.5.2	Geschäftsführer-Vergütung (außer Pensionszusage)	509
4.5.3	Pensionszusagen	515
4.5.4	Risikogeschäfte	521
4.6	Unternehmensfremdfinanzierung	522
4.6.1	Grundfragen der Regelung	522
4.6.2	Grundtatbestand des § 4h EStG	523
4.6.3	Zinsvortrag und EBITDA-Vortrag	525
4.6.4	Ausnahmen und Rückausnahmen	526
5	Verdeckte Einlagen	529
5.1	Überblick	529
5.2	Begriff der verdeckten Einlage	531
5.3	Rechtsfolgen der verdeckten Einlage	532
5.3.1	Rechtsfolgen auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	533
5.3.2	Rechtsfolgen auf der Ebene des Anteilseigners	535
5.4	Einzelfälle	536
5.4.1	Forderungsverzicht	536
5.4.2	Verzicht auf eine Pensionszusage	538
5.4.3	Zuwendung von Vorteilen an Schwestergesellschaften	540
5.4.4	Verdeckte Einlage von nahe stehenden Personen	541
6	Materielles und formelles Korrespondenzprinzip	541
6.1	Ausgangslage und Problem	541
6.2	Das formelle und materielle Korrespondenzprinzip bei verdeckten Gewinnausschüttungen	542
6.2.1	Grundtatbestand und Grundfälle	542
6.2.2	Systematische Schwächen	544
6.3	Formelle und materielle Korrespondenz bei verdeckten Einlagen	544
6.4	Korrespondenz in Dreiecksverhältnissen	545
IV	Die steuerliche Behandlung der Ergebnisverwendung bei Kapitalgesellschaften	547
1	Überblick	547
2	Steuerliche Folgen der Gewinnthesaurierung	547
2.1	Rechtsfolgen in der Übergangszeit (bis 2006)	547
2.2	Rechtsfolgen ab der Umstellung (ab 2007)	547
3	Besonderheiten bei Gewinnausschüttungen	547
4	Steuerliche Folgen von Verlusten	549
4.1	Grundlagen	549
4.2	Verlustvortrag ab dem Veranlagungszeitraum 2004 (Korb II-Gesetz) – Überblick	549
4.3	Die neue Verlustabzugsbeschränkung des § 8c KStG – Überblick	550
4.3.1	Vom Mantelkauf zum schädlichen Beteiligungserwerb	550
4.3.2	Grundsystematik des § 8c KStG	551
4.3.3	Abmilderungen der Vorschrift	552
V	Die Bedeutung der Organshaft	553
1	Überblick	553
2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Organshaft	553
3	Steuerrechtliche Voraussetzungen der Organshaft	554
3.1	Organgesellschaft und Organträger	554
3.2	Finanzielle Eingliederung	555
3.3	Ergebnisabführungsvertrag	556

4	Einkommensermittlung bei der Organschaft	559
4.1	Überblick	559
4.2	Einkommensermittlung der Organgesellschaft	559
4.3	Einkommensermittlung des Organträgers	564
5	Besonderheiten der Organschaft	568
5.1	Vorzeitige Beendigung von Organschaften und verunglückte Organschaft	568
5.2	Besteuerung von Ausgleichszahlungen	569
5.3	Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Organschaft	570
VI	Die steuerliche Behandlung von Kapitalmaßnahmen	571
1	Die Behandlung von Kapitalerhöhungen	571
1.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Kapitalerhöhung	571
1.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalerhöhung	572
2	Die Behandlung der Kapitalherabsetzung	573
2.1	Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Kapitalherabsetzung	573
2.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalherabsetzung	573
2.2.1	Behandlung der Kapitalherabsetzung nach Systemwechsel	574
2.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung ohne Auskehrung von Vermögen	574
3	Die steuerliche Behandlung der Liquidation	574
3.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Liquidation	574
3.2	Besonderheiten der Liquidation auf Gesellschaftsebene	575
3.2.1	Systematische Grundlagen	575
3.2.2	Einkommensermittlung im Abwicklungszeitraum	575
3.3	Besonderheiten auf der Ebene des Anteilseigners	577
3.3.1	Systematische Grundlagen	577
3.3.2	Behandlung eines Auflösungsverlustes	578
D	Umwandlungssteuerrecht	579
I	Zivilrechtliche Grundlagen der Umwandlung	581
1	Allgemeines	581
2	Fälle der Verschmelzung	582
2.1	Beteiligte Rechtsträger	583
2.2	Weitere Voraussetzungen	583
2.3	Die Grundentscheidungen des Umwandlungsgesetzes	585
II	Steuerrechtliche Grundlagen der Umwandlung	587
1	Aufbau und Rechtsquellen	587
1.1	Allgemein	587
1.2	Geltungsbereich des Umwandlungssteuergesetzes	588
2	Zeitliche Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes	590
3	Steuerliche Rückwirkung	590
3.1	Grundzüge, insbesondere zum Übertragungsstichtag	590
3.2	Von der Rückwirkung erfasste Steuerarten	592
3.3	Folgerungen aus der Rückwirkung	593
3.3.1	Leistungsbeziehungen zwischen den beteiligten Rechtsträgern und ihren Gesellschaftern	593
3.3.2	Gewinnausschüttungen	594
3.3.3	Ausnahmen der steuerlichen Rückwirkung	594

III	Umwandlung von der Kapitalgesellschaft auf die Personengesellschaft	597
1	Steuerliche Regelungen für den Übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	597
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	597
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	599
2	Steuerliche Regelungen für den übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	601
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	601
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	603
2.3	Übernahmeergebnis (§§ 4 Abs. 4, 5 UmwStG): Übernahmegewinn/Übernahmeverlust	605
2.3.1	Übernahmeergebnis Stufe I – Anschaffungs-, Einlage- und Überführungsfiktion	605
2.3.2	Übernahmeergebnis Stufe II – Besteuerung der offenen Rücklagen	607
2.4	Behandlung des Übernahmeverlustes	610
2.5	Besteuerung des Übernahmegewinns	610
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	612
4	Besteuerung nicht wesentlich beteiligter Anteilseigner	613
5	Vermögensübergang auf eine natürliche Person	613
6	Umwandlung von der GmbH in die GmbH & Co. KG	613
7	Formwechsel von einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	615
IV	Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	617
1	Steuerliche Behandlung beim übertragenden Rechtsträger	618
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	618
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	619
1.3	Beteiligungskorrekturgewinn	621
2	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	622
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	622
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	623
2.3	Übernahmeergebnis und dessen Besteuerung	624
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	628
4	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis: Nennkapitalherabsetzung beim übertragenden Rechtsträger und Nennkapitalerhöhung beim aufnehmenden Rechtsträger	628
5	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	630
5.1	Anwendung des § 13 UmwStG	630
5.2	Bestimmung des fiktiven Veräußerungspreises	631
5.3	Besteuerung des (fiktiven) Veräußerungsgewinns/-verlusts	632
V	Spaltung	633
1	Bilanzielle Darstellung der Spaltung	634
2	Spaltung im Steuerrecht	636
3	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	636

3.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	636
3.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	636
3.2.1	Definition des Teilbetriebs	637
3.2.2	Missbrauchstatbestände des § 15 Abs. 2 UmwStG	638
3.3	Beteiligungskorrekturgewinn	640
3.4	Minderung von Steuerkapazitätspositionen	641
4	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	641
5	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis	641
6	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	641
VI	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	645
1	Steuerliche Ansätze bei der Kapitalgesellschaft	647
2	Veräußerungspreis und Anschaffungskosten bei der Einbringung	651
3	Zeitpunkt der Einbringung und Rückwirkung	653
3.1	Besteuerung der Anteilseigner	657
3.2	Veräußerungen von Anteilen aus einer Anteilseinbringung (§ 22 Abs. 2 UmwStG)	660
3.3	Nachweispflicht über das Halten von Anteilen	662
3.4	Rechtsfolgen bei der übernehmenden Gesellschaft	662
VII	Formwechsel	664
	Stichwortverzeichnis	665